

Zentralvorstand der Gewerkschaft Unia diskutiert Ja zur SVP-Initiative

Unia fordert mehr Lohnschutz und eine Stärkung der Arbeitnehmerrechte - unabhängig vom Pass

Der Zentralvorstand der Gewerkschaft Unia betrachtet das Abstimmungsresultat als Ohrfeige für alle Migrantinnen und Migranten, die in der Schweiz leben und arbeiten und wesentlich zu unserem Wohlstand beigetragen haben. Er warnt davor, die Annahme der Initiative zu benutzen, um bestehende Regelungen zum Schutz der Arbeitsbedingungen und der Löhne auszuhebeln. Die Unia als grösste interkulturelle Organisation der Schweiz wird sich mit aller Kraft gegen jegliche Versuche stellen, menschenunwürdige Kontingente und diskriminierende Bewilligungssysteme einzuführen.

„Das Abstimmungsresultat vom vergangenen Wochenende ist eine Quittung für die Untätigkeit und die Weigerung des Bundesrates, der Wirtschaft und der bürgerlichen Parteien, den Lohnschutz und die Arbeitnehmerrechte in der Schweiz auszubauen“, hält der Zentralvorstand der Gewerkschaft Unia in einer Resolution fest. „Dabei ist klar: Verantwortlich für Lohndruck oder für die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes sind Arbeitgeber, welche dumpen, um ihre Gewinne zu steigern. Sie sind es, die die Errungenschaften gefährden, und nicht die Arbeitnehmenden aus dem Ausland.“ Die allgemeine Verunsicherung ist Ausdruck einer neoliberalen Politik.

Für Mindestlöhne und den Ausbau der Arbeitnehmerrechte

„Die Befürworter der Initiative haben zum Teil behauptet, den Lohndruck senken zu wollen“, heisst es in der Resolution weiter. „In Tat und Wahrheit stellen sie den Lohnschutz in Frage und diskriminieren alle Arbeitnehmenden ohne Schweizer Pass. Um die Arbeitnehmenden zu schützen, braucht es einen Ausbau ihrer Rechte und des Lohnschutzes für alle – unabhängig vom Pass.“

Folgende Schlussfolgerungen wurden festgehalten:

- Die Unia setzt sich ein für eine offene und solidarische Schweiz
- Die Unia setzt sich für ein geregeltes Verhältnis zur EU auf Basis der bilateralen Verträge ein.
- Die Unia wird sich mit aller Kraft gegen die Wiedereinführung von Kontingenten für Saisoniers oder ähnlichen menschenunwürdigen Statuten einsetzen. Unia stellt sich gegen die Einführung diskriminierender Bewilligungen für Arbeitnehmende ohne Schweizer Pass, sondern kämpft für die Aufenthaltssicherheit der MigrantInnen und gegen den Abbau ihrer Rechte.
- Die Mindestlohn-Initiative als Schutz gegen Lohndumping hat noch an Bedeutung gewonnen. Wer in der Schweiz voll arbeitet, muss mindestens 4'000 Franken verdienen. Ein starkes Land braucht faire Löhne und kann sich diese auch leisten.
- Wir kämpfen entschieden gegen jeglichen Abbau der FlaM und für ihre Verbesserung. Die Instrumente zur Durchsetzung der Gesamtarbeitsverträge müssen verbessert werden. Bei Hinweisen auf Lohndumping, Scheinselbständigkeit und Nicht-Hinterlegung der Kautions muss die Einstellung der Arbeit verfügt werden können.
- Die Einhaltung der Gesamtarbeitsverträge muss verbindlicher kontrolliert werden. Gewerkschaften dürfen nicht an den Kontrolltätigkeiten gehindert werden.
- Der Kündigungsschutz muss verbessert werden. Es darf nicht sein, dass profitable Unternehmen Arbeitsplätze vernichten.
- Wenn sich repräsentative Vertragspartner auf Mindestlöhne einigen, muss der Bundesrat diese rasch und unbürokratisch für allgemeinverbindlich erklären, auch wenn das Arbeitgeberquorum nicht erreicht ist.

Grundsätzlich muss in der Schweiz gelten: gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort – und unabhängig vom Pass.

Für weitere Informationen:

Vania Alleva, Co-Präsidentin Unia

Renzo Ambrosetti, Co-Präsident Unia

Pepo Hofstetter, Mediensprecher Unia

Unia Schweiz. Medienmitteilung, 12.2.2014.

Unia Schweiz > Einwanderung. Lohndumping. Unia. 2014-02-12